

Editorial: Bedeutet die Vogelgrippe
das Aus für den zarten Aufschwung?

Zu wenig Forschung und Entwicklung in NRW

Strukturförderung: stärker auf Wachstum setzen

Jungen Biotechnologie-Unternehmen
im Ruhrgebiet fehlt Dynamik

Heidelberger Steuerkreis und RWI Essen stellen
„Zinsbereinigte Gewinnsteuer“ vor

RWI Essen präsentiert Hartz-Evaluation
bei Bundespressekonferenz

Neuerscheinungen: RWI : Discussion Papers –
RWI : Materialien

Interna: Personalia

Nr. 1/2006



Bedeutet die Vogelgrippe das Aus für den zarten Aufschwung?

Die Vogelgrippe hat im Februar 2006 Deutschland erreicht. Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung sind eingeleitet. Von einer Epidemie unter Menschen kann jedoch nach derzeitigem Stand überhaupt keine Rede sein. Die Übertragung der Krankheit erfolgte zudem bislang ausschließlich vom Tier zum Menschen, nicht jedoch von Mensch zu Mensch. Damit wird die Vogelgrippe wohl auch keine nennenswerten Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft mit sich bringen. Sollte jedoch das Virus H5N1 derart mutieren, dass es von Mensch zu Mensch übertragbar wird, besteht die Gefahr einer Epidemie oder gar einer Pandemie. Allerdings scheint die Wahrscheinlichkeit einer solch gefährlichen Mutation gering zu sein. Bei Mutationen handelt es sich um Zufallsereignisse, nicht um gerichtete Prozesse.

Träte dieser Fall dennoch auf, könnte die Gesamtwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Prinzipiell lassen sich zwei Arten von wirtschaftlichen Kosten unterscheiden: direkte und indirekte. Die direkten Kosten lassen sich vergleichsweise gut abschätzen, wenn man weiß, wie viele Menschen von der Epidemie betroffen sind. Es handelt sich um Kosten für krankheitsbedingte Arbeitsausfälle, Gesundheitskosten und schließlich um den Verlust von Humankapital bei Todesfällen. Dabei überwiegt letzteres bei weitem. Geht man von einer starken Epidemie mit 100 000 Todesfällen, 300 000 Krankenhausaufenthalten und mehreren Millionen Arztkonsultationen aus, kann der Verlust an Wertschöpfung und an Humankapital insgesamt bis zu 50 Mrd. € betragen. Das Robert-Koch-In-



stitut rechnet z.B. bei einer Epidemie mit 48 000 bis 160 000 Todesfällen. Konkrete Zahlen kann jedoch niemand vorhersagen. Die indirekten Kosten sind indessen kaum seriös schätzbar. Es handelt sich um Kosten, die durch so genannte Rückkopplungen entstehen, indem z.B. in einer eng verzahnten Wertschöpfungskette ein Betrieb ausfällt und damit andere, weniger von der Grippe betroffene Betriebe in Mitleidenschaft zieht.

Eine Epidemie in dem genannten Ausmaß dürfte also durchaus das Wirtschaftswachstum bremsen. Historische Erfahrungswerte zeigen allerdings, dass die Erholung nach dem Ende einer Epidemie nicht lange auf sich warten lässt. So ließen sich rückwirkend keine permanenten ökonomischen Effekte der „spanischen Grippe“ bzw. Influenza 1918 und 1919 in den USA erkennen, bei der weltweit 20 bis 40 Mill., in den USA 675 000 Menschen starben. Auch die ökonomischen Folgen einer mittelschweren Epidemie können zwar durchaus spürbar sein, werden nach menschlichem Ermessen aber nicht in eine Rezession führen – zur Panik besteht also kein Anlass.

Boris Augurzky

Aus der Forschung

Zu wenig Forschung und Entwicklung in NRW

Nordrhein-Westfalen hat 2003 nur 1,8% seines Bruttoinlandsprodukts für Forschung

und experimentelle Entwicklung aufgewendet. Damit liegt es sowohl unter dem Bun-

desdurchschnitt von 2,6% als auch unter dem Ziel der Europäischen Union für 2010 von 3%. Vor allem im Wirtschaftssektor des Landes besteht ein erheblicher Forschungsrückstand, der nicht zuletzt auf die Abstinenz der Großunternehmen zurückzuführen ist. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI Essen für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW.

Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) sind in der wissensbasierten Ökonomie des 21. Jahrhunderts mit entscheidend für die Sicherung der „Zukunftsfähigkeit“ einer Volkswirtschaft. In diesem Zusammenhang hat die Europäische Union für 2010 ihr „Barcelona-Ziel“ verkündet, laut dem die Forschungsintensität (Anteil der F&E-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt) der EU-25 (bzw. bald EU-27) bis dann auf 3% erhöht werden soll; davon sollen zwei Drittel durch die private Wirtschaft und ein Drittel durch die öffentliche Hand aufgebracht werden.

NRW wendete 2003 1,8% seines BIP für F&E auf, Deutschland insgesamt 2,6%. NRW blieb dabei sehr weit hinter den süddeutschen Flächenländern Baden-Württemberg (4%) und Bayern (3%) zurück. Dies weist darauf hin, dass in NRW vergleichsweise wenige Zukunftsinvestitionen in solchen Wirtschaftsbereichen getätigt werden, die für die Perspektiven des Landes von größter Bedeutung sind.

Forschungsausgaben in NRW sind unterdurchschnittlich gewachsen

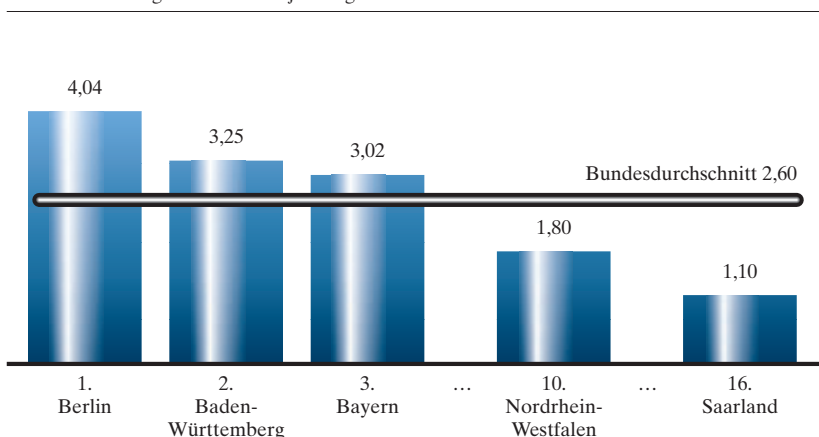
Anlass zur Sorge sollte vor allem die Tatsache geben, dass NRW in jüngster Zeit im Vergleich zu einigen Bundesländern bzw. zum Bund insgesamt deutlich zurückgefallen ist: Während die F&E-Ausgaben in Deutschland zwischen 1991 und 2003 um 16,7 Mrd. € zulegten, waren es in NRW gerade 1,0 Mrd. €. Das Land hat folglich nur 6% des gesamten Zuwachses auf sich vereinen können – bei einem Bevölkerungsanteil von fast 22%. Die niedrige Forschungsintensität in NRW ist vor allem auf die relative Forschungsabstinenz der Wirtschaft zurückzuführen: Während deren F&E-Ausgaben bundesweit bei 1,8% des BIP liegen (2003), erreichen sie in NRW gerade 1,1% – zum Vergleich: Baden-Württemberg: 3,1%, Bayern: 2,4%.

Niedrige Forschungsintensität hat mehrere Ursachen

Bei der Suche nach den Ursachen der niedrigen Forschungsintensität der Wirtschaft lassen sich vier Erklärungen unterscheiden: erstens Besonderheiten der Sektorenstruktur; eine geringere Präsenz forschungsintensiver Industrien in NRW erklärt etwa ein Drittel des Rückstands. Zweitens Unternehmensstrukturen und -strategien; mehr als ein Drittel der Großunternehmen in NRW sind „Händler“ und „Dienstleister“, für die F&E ohnehin nur in engen Grenzen in Betracht kommt. Aber auch die meisten Großunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes setzen keine starken Akzente im Forschungsbereich. Drittens Spezifika der Region; der Strukturwandel von den alten Industrien,

Forschungsintensität in Deutschland

F&E-Gesamtausgaben in % des jeweiligen BIP



insbesondere von Kohle, hin zu den High-Tech-Industrien des 21. Jahrhunderts ist bislang nur zum Teil gelungen. Viertens schließlich Institutionen und Politik in einem sehr weit verstandenen Sinne; hier stehen Stärken, beispielsweise beim Ausbau der Hochschullandschaft, Schwächen wie das jahrzehntelange Festhalten an den Steinkohlesubventionen gegenüber. Zwar sind die Einrichtungen der Wirtschaftsförderung stark ausgebaut worden, ihre Erfolge bei der Förderung des Strukturwandels jedoch verhältnismäßig gering.

Nur mit mehr Forschung ist NRW zukunftsfähig

Die niedrige F&E-Intensität hat zur Folge, dass NRW auf lange Sicht im deutschen und europäischen Verbund immer mehr zum Technologieimporteure wird. Entscheidende Wettbewerbsvorteile von NRW – wie der deutschen Wirtschaft insgesamt – liegen jedoch letztlich in der Produktion wissensintensiver Güter, der aktiven Mitwirkung an der Entwicklung neuer Technologien und von Produkten mit hohem Technologiegehalt.

NRW sollte daher seine Anstrengungen bei F&E erheblich verstärken. Zwar sind die seitens des Staates bestehenden Steuerungsmöglichkeiten für die F&E der Wirtschaft begrenzt. Trotzdem kann die Politik Entscheidendes bewirken – durch öffentliche Investitionen in Bildung und Forschung, durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investoren und für private F&E, durch gezielte Bemühungen um die Ansiedlung forschungsintensiver Industrien und von Forschungsstätten der Großunternehmen sowie durch die Förderung des innovativen Mittelstandes.

Eine Kurzfassung des Gutachtens „Zu wenig Forschung und Entwicklung? – Ursachen und Implikationen der Forschungslücke der nordrhein-westfälischen Wirtschaft“ ist unter www.rwi-essen.de/pb als pdf-Download erhältlich. Die Ergebnisse stellten RWI-Präsident Christoph M. Schmidt und NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart gemeinsam bei der Landespressekonferenz NRW vor. Informationen: lageman@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Strukturförderung in NRW: stärker auf Wachstum setzen

In einer Stellungnahme für den Landtag NRW hat das RWI Essen angeregt, die Strukturförderpolitik des Landes stärker wachstumspolitisch auszurichten. Hierzu böten die europäischen Förderleitlinien für die kommende Förderperiode ausreichend Möglichkeiten. Gleichzeitig werden die stark eingeschränkten Möglichkeiten privater Kofinanzierung von EU-Fördermitteln kritisiert.

Die Akzente der Strukturförderpolitik für NRW in der nächsten Förderperiode (2007 bis 2013) sollten sich weg von ausgleichs- hin zu wachstumspolitischen Zielsetzungen verlagern. Diese Empfehlung war Teil einer Stellungnahme des RWI Essen zur öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses des Landtags NRW Anfang Februar. In den Jahren 2007 bis 2013 werden für die neu gefasste Ziel-2-Förderung vor-

aussichtlich insgesamt rund 1,6 Mrd. € nach NRW fließen, davon rund 1 Mrd. aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) und 0,6 Mrd. € aus dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF). In der Stellungnahme wird empfohlen, die EFRE-Mittel in Übereinstimmung mit der Intention des Regionalfonds und der Wahrung der Kontinuität der Strukturfondsförderung wie bisher hauptsächlich im Ruhrgebiet einzusetzen, aber ergänzend auch Wachstumszentren außerhalb des Ruhrgebiets einzubeziehen. Hingegen gäbe es keine sachlichen Gründe, EFRE-Fördermittel im ländlichen Raum einzusetzen; dieser könnte allenfalls aus Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik gefördert werden.

Insgesamt wird empfohlen, die Strukturpolitik stärker an wachstumspolitischen Zielen auszurichten. Die Politik sollte mehr Mut zur Schwerpunktsetzung beweisen. Methodisch anspruchsvolle Evaluationen könnten dafür sorgen, dass die Wirkungen einzelner Projekte besser beurteilt und Förderansätze und Schwerpunkte so „optimiert“ werden könnten.

Licht und Schatten der neuen Förderleitlinien

Die Entwürfe der EU-Kommission für die Leitlinien, die Strukturfondsverordnungen und die Durchführungsregularien für die neue Förderperiode werden ambivalent beurteilt. Zwar erhöhen sie den Gestaltungsspielraum für die nationale Politik bei der räumlichen Ausgestaltung der Förderung beträchtlich, weil der Zwang zu der bisher üblichen kleinräumigen Abgrenzung wegfällt. Dies erhöht tendenziell die Chancen für einen effizienten Mitteleinsatz. Zudem wird die Konstruktion der

Strukturfondsförderung vereinfacht, unter anderem durch die Beschränkung auf drei Strukturfonds und die Durchsetzung des „Monofondsprinzips“, nach welchem Projekte jeweils nur aus einem Fonds gefördert werden dürfen. Gleichzeitig erhöht sich jedoch der bürokratische Aufwand durch Regelungen der Berichtspflichten, „die einer zentralplanwirtschaftlichen Bürokratie alle Ehre machen würde“ (Zitat aus der Stellungnahme). Bemängelt wird zudem, dass mit den neuen Förderleitlinien die bisher mögliche private Kofinanzierung wesentlich erschwert wird, im Regionalfonds sogar völlig wegfällt. Dies steht im Widerspruch zum Geiste der von der Europäischen Kommission – aus Sicht des RWI Essen zu Recht – so positiv betonten Public-Private-Partnerships (PPP).

Die Stellungnahme ist auf der RWI-Homepage www.rwi-essen.de/pb als pdf-Download erhältlich.

Informationen: lageman@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Jungen Biotechnologie-Unternehmen im Ruhrgebiet fehlt Dynamik

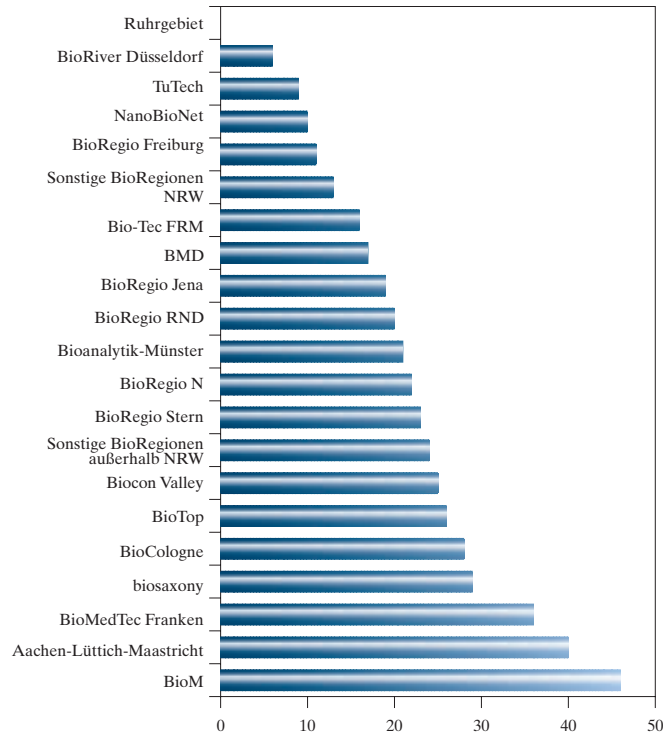
Junge Biotechnologie-Unternehmen aus dem Ruhrgebiet schneiden im bundesweiten Vergleich schlecht ab. Es gibt zu wenige Unternehmen mit hohem Wachstums- und Innovationspotenzial, und es werden überdurchschnittlich viele insolvent. Dies ist ein Ergebnis der aktuellen Studie des RWI Essen in Kooperation mit dem ZEW Mannheim zu Biotechnologie-Gründungen im Ruhrgebiet von 1995 bis 2003. Erfreuliches zeigt sich jedoch mit Blick auf die übrigen Biotechnologie-Regionen in NRW: Sie schneiden vergleichsweise gut ab und gehören teilweise mit zur deutschen Spitze.

Das Ruhrgebiet hat vergleichsweise wenig junge Biotechnologie-Unternehmen. Diese haben zudem ein unterdurchschnittliches Wachstums- und Innovationspotenzial. Dies ist ein Ergebnis der aktuellen Studie des RWI Essen in Kooperation mit dem ZEW Mannheim. Die übrigen sechs nordrhein-westfälischen Bio-Regionen Köln, Aachen, Bonn, Düsseldorf, Münsteraner

Land und Ostwestfalen-Lippe schneiden dagegen gut ab, die Kölner und die Aachener Region gehören sogar zu den stärksten in Deutschland.

Auch die Finanzierung der jungen Biotechnologie-Unternehmen im Ruhrgebiet lässt Anzeichen für ein hohes Wachstums- und Innovationspotenzial vermissen. Als ein solches gilt die Verwendung von Risikokapital, einer Finanzierungsform für Unternehmen mit hohen Renditeaussichten bei gleichzeitiger hoher Unsicherheit des Erfolgs. Während bundesweit jedes fünfte zwischen 1995 und 2003 gegründete Biotechnologie-Unternehmen durch Risikokapital finanziert wurde, traf dies auf keine der identifizierten Biotechnologie-Gründungen im Ruhrgebiet zu. Die NRW-Bio-Regionen im Aachener und Kölner Raum

Venture Capital-finanzierte Unternehmen in den untersuchten Bio-Regionen
Anteil in %



lagen mit Risikokapital-Anteilen von 40 beziehungsweise 28% hingegen bundesweit auf den Plätzen vier und fünf.

Beste Voraussetzung für die erfolgreiche Ansiedlung der modernen Biotechnologie-Industrie in einer Region ist vor allem eine exzellente Forschungsinfrastruktur, die genügend potenzielle Gründer hervorbringt beziehungsweise anlockt. Es wird empfohlen, Regionen mit entsprechenden Voraussetzungen gezielt weiter auszubauen.

Die Untersuchung ist unter dem Titel „Biotechnologie-Gründungen im Ruhrgebiet – Eine vergleichende Analyse“ als RWI : Materialien 21 (www.rwi-essen.de/mat) veröffentlicht.

Informationen: engel@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Heidelberger Steuerkreis und RWI Essen stellen „Zinsbereinigte Gewinnsteuer“ vor

Mit der „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ haben der Heidelberger Steuerkreis und das RWI Essen ein alternatives Modell zur Unternehmensbesteuerung vorgestellt. Grundidee ist es, eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals als Betriebsausgabe zuzulassen. Gewinne würden über die Zeit nur einmalig belastet und somit die derzeit bestehende Mehrfachbelastung – das Kernproblem des deutschen Steuersystems – beseitigt. Das Konzept ließe sich schrittweise umsetzen, so dass abrupte Veränderungen im Steuerrecht und im Steueraufkommen vermieden werden könnten. Dabei könnte das Reformtempo je nach Steueraufkommen angepasst werden.

Im Mittelpunkt der Reformüberlegungen stehen derzeit zwei Konzepte, das einer

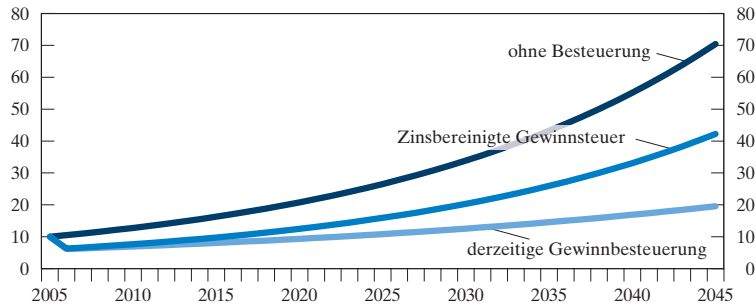
„Allgemeinen Unternehmensteuer“ der Stiftung Marktwirtschaft und das der „Dualen Einkommensteuer“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der „Heidelberger Steuerkreis“ der Alfred Weber-Gesellschaft und das RWI Essen haben mit der „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ eine Alternative zu diesen Vorschlägen präsentiert, die ohne allzu großen administrativen Aufwand umgesetzt werden könnte.

Mit dieser marktorientierten Form der Unternehmensbesteuerung dürfte Deutschlands Attraktivität als Investitionsstandort am ehesten steigen. Denn Deutschland hätte dann gemeinsam mit Belgien, das ab 2007 eine zinsbereinigte Körperschaftsteuer

er einführt, die niedrigste Steuerbelastung in Europa.

Eine ausführlichere Darstellung der „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ ist auf der RWI-Homepage (www.rwi-essen.de/forschung) als pdf-Download verfügbar. Informationen: kambeck@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Eigenkapital bei unterschiedlichen Steuersystemen
2005 bis 2045; in 1000 €



Eingeworbene Forschungsaufträge

Unternehmensorientierte Dienstleistungen im Umfeld Essener Unternehmenszentralen. Projekt für die Interessengemeinschaft Essener Wirtschaft. Ansprechpartner: Dr. Uwe Neumann. Laufzeit: 6 Monate.

Die regionale Entwicklung der Beschäftigung in Oberhausen und ihre Auswirkungen auf den zukünftigen Flächenbedarf und die Erwerbsmöglichkeiten. Projekt für die Stadt Oberhausen. Ansprechpartner: Rüdiger Budde. Laufzeit: 4 Monate.

Gemeinschaftsdiagnose 2006. Projekt für das BMWi. Ansprechpartner: Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 10 Monate.

NRW Innovationsbericht 2006. Projekt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie NRW.

Ansprechpartner: Dr. Bernhard Lageman. Laufzeit: 12 Monate.

Markt- und Wettbewerbsanalyse der deutschen Bauwirtschaft – eine industrieökonomische Untersuchung. Projekt für die Stiftung für Forschungen im Wohnungs- und Siedlungswesen Berlin. Ansprechpartner: Dr. Bernhard Lageman. Laufzeit: 9 Monate.

Ländliche Elektrifizierung in Benin. Projekt für die GTZ. Ansprechpartner: Jörg Peters. Laufzeit: 4 Monate.

Möglichkeiten für Energieeffizienzmaßnahmen im Bereich der Immobilienwirtschaft. Projekt für Ener-tec. Ansprechpartner: Peter Grösche. Laufzeit: 1 Monat.

Termine und Konferenzen

Pressegespräch und Informationsveranstaltung zur „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“

Mit einem Pressegespräch und einer Informationsveranstaltung stellten der Heidelberger Steuerkreis und das RWI Essen im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekongress in Berlin ihr Konzept der

„Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ vor (siehe auch S. 6). Prof. Dr. Manfred Rose und Prof. Dr. Hans-Georg Petersen vom Heidelberger Steuerkreis stellten sich gemeinsam mit RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph

M. Schmidt, Ph.D. und Dr. Rainer Kambeck (Kompetenzbereichsleiter „Öffentliche Finanzen“ des RWI Essen) den Fragen der zahlreich erschienenen Journalisten. Ministeriumsvertretern und Entscheidungsträgern aus Wirtschaftsverbänden wurde das Konzept in einer separaten Informationsveranstaltung vorgestellt.

Informationen: kambeck@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de



Stellten sich den Fragen der Presse zur „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ (v.l.n.r.): Prof. Dr. Manfred Rose (Heidelsberger Steuerkreis), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D., Dr. Rainer Kambeck (beide RWI Essen), Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (Heidelsberger Steuerkreis).

RWI Essen präsentiert Hartz-Evaluation bei Bundespressekonferenz

Erstmals war das RWI Essen bei der Bundespressekonferenz in Berlin zu Gast. Einen Tag, nachdem das Bundeskabinett am 1. Februar den Zwischenbericht 2005 „Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ verabschiedet hatte, präsentierte das Institut nochmals ausführlich die Ergebnisse des von ihm mitverantworteten Teils des Gutachtens zu den Arbeitsmarktreforren Hartz I bis III. RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, die RWI-Wissenschaftler Dr. Jo-

chen Kluge und Dr. Michael Fertig sowie Helmut Hägele vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. (ISG) skizzierten die wichtigsten Ergebnisse: Die Flexibilisierung der Arbeitnehmerüberlassung wird bei Arbeitsmarktakteuren durchweg positiv aufgenommen, die Minijob-Reform hat zu einem deutlichen Anstieg der geringfügigen Beschäftigung geführt. Midijobs werden weniger stark genutzt, scheinen aber Brückeneffekte zu haben, und die erleichterte Befristung älterer Arbeitnehmer wird kaum wahrgenommen. Zudem entfaltet der regionale Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sehr differenzierte Wirkungen. Weiterführende Ergebnisse wird der Abschlussbericht des Gutachtens enthalten, der voraussichtlich gegen Ende 2006 fertiggestellt sein wird.



Gäste der Bundespressekonferenz (v.l.n.r.): Helmut Hägele (ISG), Dr. Jochen Kluge, Dr. Michael Fertig, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. ((alle RWI Essen), Rechts Moderatorin Angela Wefers von der Bundespressekonferenz.

Informationen:
kluge@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter www.rwi-essen.de/dp

(36) Manuel Frondel und Jörg Peters, Biodiesel: A New Oildorado?

Der Anteil der Biotreibstoffe am Kraftstoffverbrauch der Europäischen Union soll bis 2010 z.B. mit Hilfe von Steuerbefreiungen auf 5,75% erhöht werden. Die Subventionierung wird häufig mit positiven Auswirkungen auf die Umwelt – insbesondere der Verringerung von Treibhausgasen – sowie positiven Beschäftigungseffekten im Agrarsektor gerechtfertigt. Dieses Papier untersucht die ökologischen und

ökonomischen Auswirkungen der Förderung von aus Raps gewonnenem Biodiesel. Die Auswertung einer Reihe von empirischen Studien zu den ökologischen Wirkungen von Biodiesel zeigt, dass die Energie- und Treibhausgasbilanzen dieser Klimaschutzstrategie zwar positiv sind. Dennoch ist unklar, ob die Umweltbilanz insgesamt positiv ist. Vor allem aber ist Biodiesel keine kosteneffiziente Strategie zur Verringerung von Treibhausgasemissionen. Hierfür stehen kosteneffizientere Alternativen zur Verfügung, die sowohl auf erneuerbaren wie auch konventionellen Technologien beruhen.

RWI : Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/mat

(21) Dirk Engel und Oliver Heneric, Biotechnologie-Gründungen im Ruhrgebiet – Eine vergleichende Analyse

Die Untersuchung zu Biotechnologie-Gründungen im Ruhrgebiet stellt unter anderem fest, dass das Ruhrgebiet in qualitativer Hinsicht wenig attraktiv für Gründer aus anderen Regionen und solchen mit hohem Innovationspotenzial ist und kaum über schnell wachsende junge Biotechnologie-Unternehmen verfügt (mehr S. 5).

(22) Boris Augurzky, Dirk Engel, Sebastian Krolop, Christoph M. Schmidt und Stefan Terkatz, Krankenhaus Rating Report 2006: Wege zu einer nachhaltig finanzierbaren Patientenversorgung – Entwicklung der deutschen Krankenhäuser bis 2010

Diese Ausgabe der „RWI : Materialien“ enthält das Executive Summary des „Krankenhaus Rating Report 2006“. In ihm wurde zum zweiten Mal die wirtschaftliche Situation deutscher Krankenhäuser geprüft.

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass bis 2010 etwa 10% der deutschen Krankenhäuser vom Markt verschwinden werden. Dies wird voraussichtlich die Effizienz im Krankenhaussektor verbessern und die öffentliche Hand entlasten. Die Versorgungssicherheit ist dadurch nach aktuellem Wissensstand nicht gefährdet. Dazu trägt bei, dass den Berechnungen zufolge die Ausfallwahrscheinlichkeit in ländlichen Gebieten niedriger als in Ballungsräumen ist. Dies lässt einen geringeren Rückgang der Zahl ländlicher Krankenhäuser erwarten.

Die Gesamtstudie ist zum Preis von 250 € beim RWI Essen erhältlich, mehr Informationen unter www.rwi-essen.de/mat oder bei RWI-Mitarbeiterin Marlies Tepas (Tel. 0201/ 8149-269, mail: tepass@rwi-essen.de).

(23) Roland Döhrn, Günter Schäfer und Ullrich Taureg, Konjunkturbelebung setzt sich fort – Konjunkturbericht 2006 für Nordrhein-Westfalen

Laut dem Konjunkturbericht 2006 für Nordrhein-Westfalen hat sich die Konjunk-

tur in NRW 2005 spürbar belebt. Treibende Kräfte waren die Auslandsnachfrage und der beginnende Investitionsaufschwung in Deutschland. Von alledem profitierten in NRW insbesondere die Produzenten von Vorleistungsgütern und zunehmend auch die von Investitionsgütern. Im Dienstleistungssektor hingegen blieb die Expansion verhalten, sie war aber stärker als im übrigen Bundesgebiet. Per saldo dürfte das BIP in NRW 2005 um 0,9% gewachsen sein und damit ebenso stark wie in Deutschland.

2006 bleiben die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig, so dass der Investitionsaufschwung anhalten dürfte. Bei

den privaten Konsumausgaben ist hingegen kein großer Anstieg zu erwarten. Die Konjunkturbelebung in NRW wird weiter von der Industrie getragen, während die Dienstleistungsproduktion nur verhalten zunimmt. Im Bausektor zeichnet sich ein Ende der Talfahrt ab. Das BIP wird um 1,5% und damit fast im Gleichschritt mit Deutschland insgesamt wachsen. Dies bringt jedoch auf dem Arbeitsmarkt nur eine leichte Entspannung. Die Arbeitslosenquote sinkt hierzulande voraussichtlich von 11,1 auf 10,8%. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Arbeitslosen etwas über 1 Mill. liegen.

Intern

Neue Mitarbeiter im RWI Essen

Seit 1. Januar ist *Colin Vance*, Ph.D. wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ des RWI Essen. Er hat an der *Ruhr-Universität Bochum*, an der *Boston University (USA)* und der *University of Connecticut (West Hartford, USA)* studiert. In seiner mit einem Vollstipendium geförderten Promotion an der Volkswirtschaftlichen Fakultät der *Clark University (Worcester, USA)* beschäftigte er sich mit „Land-Use Change, Deforestation, and Peasant Farm Systems: A Case Study of the Southern Yucatán Peninsular Region“. Schwerpunkte seines Studiums waren angewandte Ökonomie-

trie, Mikroökonomie sowie Ressourcen- und Umweltökonomie. Nach seiner Promotion arbeitete Colin Vance unter anderem bereits für das Umweltministerium der USA und das *Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt*, Berlin. Dort analysierte er beispielsweise ökonomisch die CO₂-Emissionen in der europäischen Autoflotte und die Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energien.



Andreas Oberheitmann hat Promotion an chinesischer Eliteuniversität abgeschlossen

RWI-Wissenschaftler *Andreas Oberheitmann* hat seine Promotion an der *School of Public Policy and Management der Tsinghua University* in Peking erfolgreich abgeschlossen und darf nunmehr den Titel Ph.D. führen. Die *Tsinghua University* gilt zusammen mit der *Beijing University* als re-

nommierteste Hochschule Chinas. Die von Prof. *Liu Deshun*, Vize-Direktor des *Global Climate Change Institute*, betreute Dissertation trägt den Titel „Chinas Energy Security Strategy and its Implications for the Regional Environment – A Dynamic Welfare Approach“ und beschäftigt sich

mit der ökonomischen und ökologischen Effizienz verschiedener Optionen der zukünftigen Energiesicherheitsstrategie in China.

Das Promotionsstudium an der *Tsinghua University* (2004–2006) wurde vom Verein der Freunde und Förderer des RWI Essen unterstützt. Seit Jahren hat Andreas Oberheitmann im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ des RWI Essen zum Thema Energie- und Umweltpolitik in China geforscht, unter anderem zur Liberalisierung des dortigen Stromsektors und den Minderungspotenzialen regionaler und

globaler Emissionen. Als Ökonom und Sinologe interessiert er sich seit Studienzeiten für das Reich der Mitte und plant, seine (Chinesisch-) Kenntnisse auch zukünftig in Forschungsprojekten in und zu China einzusetzen.



Andreas Oberheitmann in Peking mit Prof. Liu Deshun, dem Betreuer seiner Arbeit.

Guglielmo Caporale besuchte als Gastwissenschaftler die RGS Econ

Für eine Woche kam der Londoner Finanzwissenschaftler Prof. *Guglielmo Caporale* im Februar als Gastwissenschaftler an die *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ). An der Verbundinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie des RWI Essen absolvieren pro Jahrgang acht Studierende ein Promotionsstudium auf hohem wissenschaftlichem Niveau. Kern des Besuchs von Professor *Caporale* an der RGS Econ waren eine



zweimal halbtägige Vorlesung zu „Capital mobility, UIP and PPP: some empirical issues“ sowie ein Vortrag mit dem Titel „The Euro and Inflation Uncertainty in the European Monetary Union“ im Rahmen des Doktorandenkolloquiums der RGS Econ. Der Finanzwissenschaftler lehrt an der Londoner *Brunel University*, zudem ist er Gastprofessor an der *London South Bank University* sowie der *London Metropolitan University*. Er arbeitet unter anderem in den Bereichen Ökonometrie, Makroökonomie und internationale Finanzwissenschaft und hat Beiträge in zahlreichen referierten Fachzeitschriften veröffentlicht. Um die Zusammenarbeit zu vertiefen und gemeinsame Publikationsideen mit den Doktoranden zu konkretisieren, ist ein weiterer Gastaufenthalt von Prof. Caporale noch in diesem Jahr vorgesehen.

Die Stipendiaten der RGS Econ, Jahrgang 2005 (Teil 2)

Im Oktober 2005 startete der zweite Jahrgang der *Ruhr Graduate School in Economics*. In den News 5/2005 wurden die (alphabetisch) ersten vier Stipendiaten vorgestellt. Hier folgt eine Kurzdarstellung wei-

terer Stipendiaten. Auch ihre Ausbildung wird von der Signal-Iduna Gruppe, der Sparkasse Essen, der National-Bank Essen sowie dem Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband maßgeblich gefördert:

Stefanie Neimann

absolvierte vor ihrem Studium der Volkswirtschaftslehre an der *Georg-August-Universität* Göttingen eine Ausbildung zur Bankkauffrau in Verbindung mit dem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Berufsakademie *Welfenakademie*. Ihre Studienschwerpunkte waren Makroökonomie, öffentliche Finanzen und betriebliche Finanzwirtschaft. In ihrer

Diplomarbeit verglich sie allokativen und distributiven Wirkungen einzelner Vorschläge zur Reformierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Während des Studiums arbeitete sie weiterhin regelmäßig für ihren alten Ausbildungsbetrieb im Geschäftskundenbereich und absolvierte ein Praktikum in New York.

Interessensgebiete: Makroökonomie, öffentliche Finanzen

Vivien Procher

absolvierte ihr Undergraduate Studium in „Government & Economics“ an der *London School of Economics*. Anschließend erwarb sie den Master of Science in „International Management“ an der *London School of Economics* und der *Haute Ecole de Commerce* in Paris. In Ihrer Masterarbeit analysierte sie Organisationsstrukturen multi-divisionaler Firmen in der Automobilzulieferindustrie. Nach

dem Studium arbeitete Vivien Procher im Hauptsitz des französischen Automobilzulieferers Valeo als Analystin für Unternehmensstrategie an der langfristigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens.

Interessensgebiete: Business Economics, angewandte Ökonometrie, Automobilindustrie

RWI : News**Nr. 1/2006 (Februar 2006)**

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

ISSN 1612-3581